

Diskussionsbeitrag zum
Tagesordnungspunkt 1

Ursula Ratz
BRD

Bürgerliche Sozialreformer als Mittler zwischen Arbeiterbewegung
und Staat im Januarstreik 1918

Der Januarstreik 1918 als Ausdruck des Ausbleibens von Frieden nach außen und grundlegender Reformen im Innern kann in seinen Auswirkungen auf die verschiedenen Richtungen der Arbeiterbewegung als hinlänglich erforscht gelten.¹ Auch die Haltung der Regierung und Militärbehörden ist in der Literatur ausreichend behandelt worden.² Weniger berücksichtigt wurden bislang die Einstellung der organisierten bürgerlichen Sozialreform in Deutschland zu den Januarereignissen und deren Einwirkungsbestrebungen auf die amtliche Politik. Dabei kommt der von dem ehemaligen preußischen Handelsminister Frhr. von Berlepsch und Ernst Francke geführten "Gesellschaft für Soziale Reform" aufgrund ihrer Funktion als Sammelzentrum sämtlicher unabhängiger Arbeitnehmersverbände einschließlich der Freien Gewerkschaften und ihrer Mittlerstellung zwischen Regierung und organisierter Arbeiterschaft eine herausragende Bedeutung zu. Zu den erklärten Zielen der bürgerlichen Sozialreformer gehörte die arbeits- und verbandsrechtliche sowie staatsbürgerliche Gleichstellung der Arbeiterschaft mit den übrigen gesellschaftlichen Gruppen unter Wahrung der Grundzüge des bestehenden Gesellschafts-, Wirtschafts- und staatlichen Systems. Das publizistische Eintreten für ein von Restriktionen befreites Vereins- und Koalitionsrecht verbunden mit einem zeitgerecht gestalteten Arbeitsrecht machte die bürgerlichen Sozialreformer zum Sprachrohr der Richtungsgewerkschaften, die den Kernbestand der korporativen Mitgliedschaft der "Gesellschaft" ausmachten.³

Seit Kriegsausbruch bemühten sich die Sozialreformer, durch eine intensive Gutachter- und Beratertätigkeit die amtliche Politik im Sinne ihrer Reformvorstellungen zu beeinflussen. Diesem Zweck diente die von der Geschäftsstelle der "Gesellschaft", dem Berliner Bureau

für Sozialpolitik, durchgeführt, für die maßgebenden militärischen und zivilen Instanzen des Reiches und der Bundesstaaten bestimmte Berichterstattung "über die Stimmung im sozialdemokratischen Lager". Auch zum Januarstreik 1918 liegen uns ausführliche Situationsschilderungen vor. Zwei Auszüge der an die militärischen und politischen Schaltzentralen gerichteten Bureau-Berichte werden dem Diskussionsbeitrag beigelegt (s. Anlage).

Für die Geschichte der Arbeiterbewegung im Ersten Weltkrieg repräsentieren die Berichte wegen ihres hohen Informationsgehaltes eine Quelle von erstem Rang. Da die Darlegungen den ausgesprochenen Zweck verfolgten, in "maßgebenden Kreisen um Verständnis für die politische Arbeiterbewegung zu werben",⁴ stellen die Berichte zugleich auch Handlungsanweisungen für die politischen und militärischen Entscheidungsträger dar. Es verwundert nicht, daß die Berichtersteller dank ihrer weitgespannten Kontakte und ihres hervorragenden Kenntnisstandes ein fast anatomisch genaues und von taktischen Rücksichtnahmen unbeeinträchtigt Bild hinsichtlich der Voraussetzungen, der unmittelbaren Anlässe, des Verlaufs und der absehbaren Konsequenzen der Streikbewegung zu geben vermochten. Aufgrund ihrer engen Verbindungen zu den Zentralen der Arbeiterbewegung zeigten die Sozialreformer sehr viel Verständnis für die Haltung der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführung, die Streikbewegung "aufzufangen".⁵ Bekanntlich stießen sie mit dieser Einschätzung der Situation auf heftigen Widerspruch vor allem bei den Berliner Militärbehörden. Der Warnung der Sozialreformer vor "einseitiger Anwendung von Gewalt"⁶ stand hier der Rückgriff auf ausschließlich repressive Mittel gegen die Streikenden gegenüber.

Die zentralen Forderungen der Sozialreformer, "an Eroberungen den Frieden [nicht] scheitern zu lassen" und "die Wahlrechtsfrage mit allen Mitteln durch[zusetzen",⁷ deckten sich exakt mit der von der Partei- und Gewerkschaftsspitze vertretenen Position.⁸ Nicht unbeeindruckt blieb das preußische Innenministerium von den sozialreformerischen Vorstellungen, wie die Denkschrift von Drews belegt.⁹ Aufgeschlossen zeigte man sich hier vor allem für das Argument, durch eine Politik der "Gerechtigkeit und Versöhnlichkeit" einen "Keil" zwischen die beiden sozialdemokratischen Parteien zu treiben.¹⁰ Allerdings hatten die Empfehlungen und Mahnungen der Berichtersteller

keine grundlegende Kurskorrektur der amtlichen Politik zur Folge. Die bürgerlichen Reformer, die als linke Flanke der Mehrheitsparteien eine Mittlerfunktion zwischen Obrigkeitsstaat und Arbeiterbewegung ausübten, erhielten erst unter der Regierung des Prinzen Max von Baden eine Chance zur begrenzten Durchsetzung ihrer Ziele. Das von dem neuerrichteten Reichsarbeitsamt verkündete sozialpolitische Reformprogramm und das verstärkte Hervortreten des internationalen Vertrags- und Verständigungsgedankens entsprachen den von den bürgerlichen Sozialreformern jahrelang vertretenen Forderungen.

1 Vgl. Deutschland im Ersten Weltkrieg. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Joachim Petzold, Bd. 3, Berlin 1969, S. 135 ff. Susanne Miller, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974, S. 371 ff. Hans-Joachim Bieber, Gewerkschaften in Krieg und Revolution. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat und Militär in Deutschland 1914-1920, Hamburg 1981, S. 441 ff.

2 Vgl. Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914-1918, bearb. von Wilhelm Deist (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, R. 2: Militär und Politik), Düsseldorf 1970, Bd. 1/II, S. 1157 ff. und passim.

3 Ursula Ratz, Sozialreform und Arbeiterschaft. Die "Gesellschaft für Soziale Reform" und die sozialdemokratische Arbeiterbewegung von der Jahrhundertwende bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Berlin 1980.

4 Dazu ausführlich Ursula Ratz, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, bürgerliche Sozialreformer und Militärbehörden im Ersten Weltkrieg. Die "Berichte des Bureaus für Sozialpolitik", in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 37, 1/85, S. 9-33, Zitat S. 9.

5 So auch das Exposé des Bureaus für Sozialpolitik (Heyde) für die Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes vom 30.1.1918, Bundesarchiv Koblenz, R 43 F /548, Bl. 54.

6 Dekadischer Bericht des Bureaus für Sozialpolitik vom 1.2.1918 (s. Anlage).

7 Ebenda.

8 Vgl. Der Parteivorstand zum Massenstreik, in: Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918, bearb. von Erich Matthias und Eberhard Pikart (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, R. 1: Von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Republik), Düsseldorf 1966, Bd. 3/II, S. 364 ff. Ferner Correspondenzblatt, 28, 1918, S. 42.

9 Abgedruckt in: Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1959, Bd. 4/III, S. 1048 ff.

10 Monatlicher Bericht des Bureaus für Sozialpolitik vom 15.2.1918